



Der kostenlose BWL CD Newsletter

für alle Bezieher und Nutzer der CD

Im Internet als PDF verfügbar unter folgender Adresse: <http://www.bwl-bote.de>



NEUE INHALTE



Neuigkeiten im Lexikon für Rechnungswesen und Controlling

Aktuelle Version 12.00: Rechnungswesen: Erhöhung der Gewinngrenze von 30.000 Euro auf 50.000 Euro ab 2008 in „**Buchführungspflicht**“, „**steuerrechtliche Buchführungsvorschriften**“ und „**Aufzeichnungspflichten**“ eingebaut (sowie natürlich auch in den Skripten), <http://www.bwl-bote.de/20071023.htm>. Kleine Korrektur in „**Rückstellungen**“. Großer Artikel über Anleihebewertung, <http://www.bwl-bote.de/20071212.htm>. Neues Stichwort „**Aktienanleihe**“ mit einem Zahlenbeispiel. Erweiterung bei „**Kurs**“ (verschiedene Kursarten). Update der Euro-Kurse. Neue SV-Rechengrößen für 2008 eingebaut. Erhebliche Erweiterung im Stichwort „**Kosten**“. Stichwort „**Prozeßkostenrechnung**“ um ein Beispiel erweitert.

Controlling: Ganz neu „**Umsatzrentabilität, Aufgabengestaltungen**“ mit typischen Prüfungsfragen. Update in „**Finanzplan**“. Neue Einträge „**Finanzplan, dynamischer**“ sowie „**Finanzplan, stochastischer**“, jeweils mit Beispielen, vgl. <http://www.bwl-bote.de/20071107.htm>. Update in „**Finanzplan, vollständiger**“.

Steuerrecht: Übersicht über das Jahressteuergesetz 2008 eingebaut. Update in „**Software**“ (Software als gWG). Update in „**Lohnsteuerkarte**“. Jahressteuer-Update in „**Gewerbsteuer**“ (vgl. auch in <http://www.bwl-bote.de/20070617.htm>). Kleine Korrektur in „**Umsatzsteuer für Kleinunternehmer**“ (Fundstelle in §14 UStG korrigiert).

Außenwirtschaft: neues Stichwort „**Interkulturelle Verhandlungen**“. Liste mit

Fortsetzung auf Seite 12...

Die Fallen der Finanzwirtschaft oder die notwendige Reform der Reform:

Fehler im Rahmenstoffplan-Design

Seit gut einem Jahr hat der Geprüfte Betriebswirt eine neue Verordnung und einen neuen Rahmenstoffplan. Auch neue Textbände sind seit einiger Zeit lieferbar. Erstmals wurde hier jetzt auch das Fach „Finanzwirtschaftliche Steuerung des Unternehmens“ mit den neuen Unterlagen (fast) vollständig unterrichtet. Dabei sind die Schwächen und Widersprüche der neuen Planung deutlich zu Tage getreten. Die Fehler wurden diesmal aber nicht von den Autoren der Textbände gemacht, sondern schon bei der Konzeption des zugrundeliegenden Rahmenstoffplanes.

Das fängt schon mit der Sprachregelung an, denn „finance“ bedeutet im englischen Sprachgebrauch alles, was irgendwie mit Geld und Rechnungswesen zu tun hat, in deutsch aber nur „Finanzen“, also Zahlungen im engeren Sinne. „Finanzwirtschaft“ wäre damit in der deutschen Betriebswirtschaft eher „Investition und Finanzierung“. Dennoch werden das Controlling in dem neuen Textband auf 22 Seiten und Management-Informationssysteme auf ganzen 8 Seiten abgehandelt. Etwas knapp. Anscheinend konnte man sich nicht entscheiden, was man hier unter „Finanzwirtschaft“ verstehen will, oder auch nur Raum für künftige Prüfungsfallen schaffen.

Zum Controlling gehören auch Budgetierung, Plan- und Prozeßkostenrechnung und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen. Voll- und Teilkostenrechnungen, eigent-

Fortsetzung auf Seite 2...



Offizielles Lehrmaterial der IHK: Der völlig ungenießbare Rahmenstoffplan ist kaum mit sinnvollen Inhalten zu füllen

Die Textbände der Industrie- und Handelskammern:

Wie und warum man sie benutzen sollte

Schon vor etwas über vier Jahren haben wir in <http://www.bwl-bote.de/20030616.htm> an dieser Stelle die Abschaffung der IHK-Textbände empfohlen. Der DIHK ist diesem Vorschlag natürlich nicht gefolgt und ein Ende der Misere mit den IHK-Studienmaterialien ist nicht in Sicht. Immerhin ist seither eine gewisse grundlegende Verbesserung eingetreten, wenn auch immer noch in der neuen Schlechtschreibung.

So sind alle Textbände seit Inkrafttreten der neuen Prüfungsordnungen neu erschienen und bisweilen auch deutlich verbessert worden. Zugleich ist in den Prüfungen nach den neuen Verordnungen aber jetzt auch jedes gedruckte Material als Hilfsmittel zugelassen. Wofür man dann überhaupt noch die IHK-Materialien braucht, wo zu allen Themen doch umfangreiche Literaturlisten bestehen, ist nicht wirklich einsichtig. Der gegenwärtige Zustand macht daher eher den Eindruck einer halben Reform. Die grundlegende Erhöhung des Niveaus mag sich in schwereren Prüfungen artikulieren; bei

der IHK-eigenen Literatur hat sie noch keinen Niederschlag gefunden.

Kernproblem ist und bleibt, daß die Lehrgänge „Geprüfter Betriebswirt“ und „Geprüfter Technischer Betriebswirt“ auf Augenhöhe mit dem Master-Studiengang plaziert werden sollen und nur wer den hinter sich hat weiß, was das bedeutet. Nehmen wir dies ernst (und hinterfragen wir die Sinnhaftigkeit der berufsbegleitenden Master-Imitation mal nicht) dann müssen wir uns aber doch fragen, was man mit den Textbänden angesichts des

Fortsetzung auf Seite 5...

Fortsetzung von Seite 1...

Fehler im Rahmenstoffplan-Design

lich traditionelle Verfahren, wurden hingegen nicht in den IHK-Textband aufgenommen. Ob das auch die Prüfungspoeten wissen, werden wir sehen. Die Teilnehmer hingegen wissen nichts von den zugrundeliegenden Definitionen, wenn sie sich nur das IHK-Material durchsehen (und es die Dozenten ausschließlich verwenden), was ein großes Manko ist: schließlich ist die Abgrenzung zwischen Auszahlungen, Ausgaben, Aufwendungen und Kosten keineswegs trivial, und zu verstehen, warum veränderliche Kosten noch lange nicht variabel sind und die Schuldzinsen nichts in der Kostenrechnung zu suchen haben macht manchen Teilnehmern große Mühe. Anscheinend auch den Autoren des Textbandes, die solche Themen mit genereller Nichtachtung strafen. Genau wie viele Betriebe, die hier nämlich was dazulernen könnten. Zudem waren solche Grundkonzepte bisher stets in *allerhöchstem Maße prüfungsrelevant*.

Aber auch die „eigentlich“ finanzwirtschaftlichen Themen lassen einen roten Faden vermissen. Kapitel scheinen kaum verbunden nebeneinander zu stehen. So unterscheidet man in der Investitionsrechnung bekanntlich einen Kanon von statischen und dynamischen Methoden. Die sucht man in der finanzwirtschaftlichen Steuerung vergeblich. Nur die Kapitalbedarfsrechnung wird vergleichsweise tiefgründig betrachtet. Kostenvergleichsrechnung, interner Zinsfuß, Kapitalwert – Fehlanzeige. Erst ganz am Schluß, nach den Finanzierungsthemen, findet man in Kapitel 4 des Textbandes „finanzwirtschaftliche Steuerung“ Wirtschaftlichkeitsüberlegungen und Ersatzrechnungen – die aber eigentlich gar nichts miteinander zu tun haben, denn Wirtschaftlichkeit ist *per definitionem* das Verhältnis zwischen Ertrag und Aufwand, aber eine Ersatzrechnung basiert auf Kosten (statische Methoden) oder auf Zahlungen (dynamische Verfahren). Die-

se feinen aber sehr grundlegenden Unterschiede werden völlig ignoriert. Waren sie den Textbandautoren oder den Schöpfern des Rahmenstoffplanes etwa *nicht bekannt*?

Mehrere **weitere Artikel** sind zum Thema dieses Textbandes im Dezember 2007 erschienen:

Ein konkretes Beispiel für die Schwächen dieses Textbandes:

<http://www.bwl-bote.de/20071210.htm>

Wertpapierrechnen: Wie zum Teufel bewertet man eine Anleihe?

<http://www.bwl-bote.de/20071212.htm>

Selbst im Bereich der Finanzierung in Kapitel 3 des fraglichen IHK-Textbandes scheint keine Ordnung zu herrschen. Es mag Sinn machen, mit der Kapitalbedarfsrechnung anzufangen. Daß die Kenntnis der einzelnen Bilanzpositionen vorausgesetzt wird, kann man allenfalls noch mit der hohen fachlichen Anbindung des Betriebswirte-Lehrganges entschuldigen, obwohl die Lehrpraxis immer zeigt, daß man eben nicht voraussetzen kann daß jeder weiß, was eine Kapitalrücklage ist oder wofür man eine Rücklage für eigene Anteile bildet. Eine grundlegende Systematisierung der Finanzierungsarten wie in <http://www.bwl-bote.de/20060907.htm> vorgeschlagen, unterbleibt völlig. Dafür werden beispielsweise Basel II (S. 48 ff) oder Derivatgeschäfte (S. 71 ff) vergleichsweise tiefgreifend behandelt. Beides gehört aber eigentlich eher in die Bankbetriebslehre. Dies alles macht den Eindruck, daß schon den Rahmenstoffplanautoren die inhaltliche Orientierung im Thema fehlte und die Textbandautoren nicht wußten, wie sie mit der krausen Vorgabe umgehen sollten.

Machen wir das an ein paar weiteren *Beispielen* fest: in S. 56 ff geht der Textband auf die Fremdkapitalbeschaffung börsennotierter Unternehmen ein. Zu den GmbHs schweigt er sich aus. Die aktienrechtlichen Regeln zur Kapitalbeschaffung (§§182-221 AktG) oder -senkung

(§§222-240 AktG) fehlen und von Aktiegattungen oder gar Depotstimmrechten erfährt der Textbandleser nichts. Sollte er aber, denn das wurde immer wieder in Prüfungen gesichtet. Dafür liest man aber was von Treasury Bonds, dem rechnerischen Kurswert der Anleihekompente bei Wandelanleihen (S. 59) oder Swapgeschäften (S. 61). Jemand hat anscheinend den Betriebswirte-Lehrgang mit einem *Kurs für Börsenspekulanten* verwechselt, und diese inhaltlichen Irrungen wurden schon im Rahmenstoffplan gemacht. Dem folgt das Inhaltsverzeichnis der Textbände nämlich wortgetreu. Die Not der Textbandautoren, diese ungenießbare Vorgabe mit wenigstens etwas Leben zu füllen, ist mit Händen zu greifen. In meiner Eigenschaft als Autor beende ich sie nicht um diese Arbeit.

Für die Dozenten wie für die Teilnehmer ist das aber ein *Risiko besonderer Art*: entweder lehrt man als Dozent erst die bilanziellen und theoretischen Grundlagen der Finanzierung, und ignoriert dann schon aus Zeitgründen die höhere Lehre der Börsenspekulation. Das aber kann in der Prüfung böse enden. Oder man unterrichtet über die Köpfe der meisten Teilnehmer hinweg die Swapsätze, ABS-Transaktionen (S. 66) und Rendite-Risiko-Ratios (S. 62), erntet aber Ärger mit den Teilnehmern, denen nicht klar ist, was überhaupt das Wesen der Aktie ist. Oder, was ein „Equity-Kicker“ ist, S. 47, in der Tabelle.

Wir kritisieren in diesem Zusammenhang nicht die grundlegend hohen fachlichen Ansprüche, die offensichtlich beabsichtigt sind, sehr wohl aber die viel zu weitreichende Orientierung auf spekulative Finanzwirtschaft bei nahezu vollkommener Ausblendung der internen Unternehmenssteuerung. Wer diesen Lehrgang erfolgreich und nach Rahmenstoffplan absolviert, kann danach als Börsenspekulant auftreten aber kein betriebliches Investitionsprojekt planen. Der Betrieb ist aber der Ort der Faktorkombination und der Betriebswirt der Faktoroptimierer. Lineare und andere Rechenmethoden sowie strategische Grundkonzepte sind der hier weitgehend verschwiegene fachliche Rahmen. *Ist das etwa nicht mehr modern?*

Ich habe wenigstens in dem Finanzwirtschafts-Bereich den dringenden Verdacht, daß man schon bei der Festlegung des Rahmenstoffplanes den *Boden unter den Füßen verloren hat* – oder ein *von ganz oben angeordnetes politisches Kalkül* der

Fortsetzung auf Seite 3...

Interne Links zu diesem Artikel:

Adresse dieses Artikels im Netz: <http://www.bwl-bote.de/20071127.htm>

Neue Betriebswirte-Verordnung: <http://www.bwl-bote.de/20060811.htm>

Hinweise zum neuen Rahmenstoffplan: <http://www.bwl-bote.de/20061020.htm>

Wie man die IHK-Skripte benutzen sollte: <http://www.bwl-bote.de/20071118.htm>

Dynamische Kapitalbedarfsrechnung: <http://www.bwl-bote.de/20071107.htm>

Finanzierungsarten: <http://www.bwl-bote.de/20060907.htm>

Externe Links zu diesem Artikel:

Bezugsquelle für IHK-Textbände: <http://www.wbv.de/>

Die neue Betriebswirte-Verordnung im Volltext im Bundesgesetzblatt:

<http://www.bgblportal.de/BGBl/bgbl1f/bgbl106s1625.pdf>

Fortsetzung von Seite 1...

Fehler im Rahmenstoffplan-Design

Abwendung von produktiver und wertschaffender Wirtschaft verborgen waltet. Das dient weder der Lehre noch dem Erfolg des Lehrganges. Der Finanzwirtschafts-Textband taugt nichts, aber das dürfte in diesem Fall mal nicht an der Kammer und ihren Textbandautoren, sondern an der weitgehend an der zu erfüllenden Rahmenstoffplan-Vorgabe liegen. Größere Probleme in Prüfungen werden erwartet – je nach Art der Umsetzung durch die Aufgabenausschüsse.

Zu diesen Prüfungen vgl. auch:
<http://www.bwl-bote.de/20071217.htm>

Bei mir bleibt kurz vor dem Ende des Themas hier an der Kammer ein sehr schales Gefühl zurück. *Selbst wer gründlich paukt und das nötige Glück hat, gewinnt dadurch keine grundlegende Orientierung im Thema.* Die muß er eigentlich schon mitbringen, um den Lehrgang überhaupt zu beginnen. Vielleicht liegt dieser Widerspruch am Versuch der Kammer, den Betriebswirte-Lehrgang auf Master-Niveau zu heben. Das aber halte ich für unmöglich, denn dann müßte man berufsbegleitend an Abenden und Wochenenden mehr vermitteln als die Professoren in einem Diplomstudium, eine Illusion.

Hier ist übrigens aufgefallen, daß mit der neuen Prüfungsverordnung die Fluktuation an Teilnehmern drastisch zugenommen hat. Sind die Leute von möglicherweise überzogenen Forderungen des Rahmenstoffplanes abgeschreckt? Geben Sie auf weil sie merken, daß Sie es ohnehin nicht schaffen – oder hat man die faktischen Zulassungsvoraussetzungen zu weit gesenkt, um den Lehrgang überhaupt beginnen zu können? Die gerade erst in Kraft getretene Reform des Betriebswirte-Lehrganges bedarf dringend selbst einer Reform. Die wäre meines Erachtens nach im Rahmen der bestehenden Verordnung machbar, denn sie müßte sich nur auf den Rahmenstoffplan beziehen. Der aber muß sofort überarbeitet werden, und mit ihm die Textbände und anderen Materialien. Leider habe ich aber wenig Hoffnung, daß dies auch wirklich passiert. Dialogbereitschaft wird dennoch zugesichert.

Wovor die Mächtigen sich *wirklich* fürchten: <http://www.bwl-bote.de/20020915.htm>
Was die IHK besser kann als eine Universität: <http://www.bwl-bote.de/20070712.htm>
Wissen, Können und Erkennen: <http://www.bwl-bote.de/20060321.htm>
Von der Geringschätzung der Bildung: <http://www.bwl-bote.de/20070429.htm>
Von der Analyse verborgener Entwicklungen: <http://www.bwl-bote.de/20040313.htm>
Alternative Vorschläge zur Schulreform: <http://www.bwl-bote.de/20040916.htm>

Die brennende Bibliothek:

Warum das Internet der Bildung schadet

Während einige einstige Science Fiction Visionen wie billige und überall verfügbare Energie oder die Besiedlung der Planeten sich bisher nicht materialisiert haben (und dies vielleicht auch gar nicht sollen), hat im virtuellen Raum die Zukunft tatsächlich begonnen: alles Wissen der Welt, die großen Bibliotheken der Nationen, werden online verfügbar. Einst verborgenes Wissen ist nur noch einen Mausklick entfernt. Nichts geschieht mehr isoliert an einem Ort sondern alles stets global und offen für alle. Doch nützt das auch der Bildung? Schauen wir mal etwas näher hin.

Ich erinnere mich noch sehr gut an meine Flüge mit der Air India: acht Stunden Verspätung, drangvolle Enge an Bord, wenig Essen – aber 30 kg Bordgepäck (!) wurden akzeptiert. Ohne Mehrkosten. So wuchtete ich Bücher, die damals nur in Indien zu bekommen waren, in meine rasch wachsende Bibliothek hier in Deutschland, damals unbezahlbar im Einzelversand per Paket. Heute aber wären solche Kofferkraftakte überflüssig, denn die alten Texte gibt es längst in ausgezeichneten Ausgaben (mit Original-Sanskrit, Interlinear-Übersetzung und Kommentaren) im Netz. Und die Bücher können aus Delhi bestellt werden. Harte Zeiten für Makler: deren Wissensvorsprung schmilzt im Netz wie Butter in der Sonne. Was aber hat uns das gebracht?

Zuerst online veröffentlicht unter
<http://www.bwl-bote.de/20071202.htm>

Man könnte meinen, daß die jederzeitige Verfügbarkeit von Wissen zu einem gewaltigen Fortschritt an Bildung geführt hat, doch das scheint immer mehr ein Irrtum zu sein. Nach wie vor gibt es eine Menge Schüler, die *nichtmal die Prozentrechnung beherrschen*, und Lehrgangsteilnehmerkommentare wie „warum diktieren Sie uns nicht einfach etwas?!“ (von *Erwachsenen* gehört!) lassen tief in die Denk- und Lernfaulheit unserer Zeit blicken. Die Wikipedia auf vier DVD-ROMs kann dagegen anscheinend nicht helfen: man hat gewaltige Datenmengen jederzeit parat, aber nutzt sie nicht. Man besitzt viel mehr Wissen als je zuvor, weiß aber dennoch nichts. Die reine Verfügbarkeit von Wissen nützt also offensichtlich nichts.

Mehr noch als die Unbildung in Einzelfällen offenbart sich die Denkfaulheit und Bildungsferne unserer Zeit in der Rückkehr des *primitiven Aberglaubens*

in einer „modernen“ Form. Deutsche Wissenschaftler ebneten einst den Weg zum Mond aber heute glaubt das Volk willig an Waldsterben, Ozonlöcher und Klimaschwindel und läßt sich nicht minder willig im Namen der Planetenrettung abzocken. Angst aber haben nur Unwissende – und das selbst nachdem der Klimaschwindel-Film sogar im deutschen Fernsehen lief. Noch immer hinterfragt niemand, warum man keine Wettervorhersage für drei Wochen aufstellen kann aber genau weiß, was in hundert Jahren mit dem Klima los ist, nach wie vor werden die haarigsten Öko-Legenden zu harter Währung in unserer grünen Demokratie. Der Klimaschwindel ist geradezu ein Paradebeispiel für die generelle Unbildung, denn *nur ein dummes Volk ist leicht regierbar und ohne Widerstand steuerbar*. Niemand will wirklich Bildung und Kompetenz, denn dann würden zu viele unbequeme Fragen gestellt werden.

Die rasant wachsenden Datenmengen bleiben Information. Sie werden nicht zu Wissen und schon gar nicht zu Bildung, denn Bildung ist bedeutungsvolle Information einordnen und in ihrer Wechselwirkung bewerten, also verstehen zu können. Und genau das beherrscht heute kaum noch jemand, gut daran dokumentiert, daß Auswendiglerner reihenweise durch Prüfungen fallen. Sie können nicht mehr in Analogien denken, ihnen fehlen selbst bei vorhandenem Wissen das Können und das Erkennen. Das ist bequem und gleichermaßen politisch korrekt, denn zum Erfolg gibt es keinen Lift, so wenig wie zu Bildung und Erziehung. Dies ist ein steiniger und langer Weg, der mit Alt Sprachen und Mathematik beginnt und erst danach zu wirklicher Bildung führt. Weniger ist mehr, möchte man meinen, weniger Datenmengen, dafür mehr Tiefenanalyse, mehr Quellenstudium, mehr Lesen. Und weniger virtuelle Oberflächlichkeit und digitalen Scheinwelten.

Wir sind, so das Ergebnis der Analyse, in der Informationsgesellschaft stecken-

Fortsetzung auf Seite 4...

Schul- und Bildungspolitik:

Warum Prüfungen abgeschafft werden

Klausuren und Prüfungen dürften das wohl beliebteste Gesellschaftsspiel sein, wie jeder Teilnehmer des Forums für Betriebswirtschaft recht gut weiß. Wie alle Spiele erfüllt aber auch dieses einen über sich selbst hinausweisenden Zweck, nämlich den Prüfungsteilnehmer auf das Leben nach der Prüfung vorzubereiten. Man mag die Prüfungen inhaltlich oder formal kritisieren, doch Einigkeit besteht vermutlich darin, daß die Prüfung bereits am Abend vorher ihren eigentlichen Zweck erfüllt hat. Das aber haben unsere Schulreformpolitiker nicht begriffen – oder etwa doch?

Deutschland ist bekanntlich ein bildungspolitischer Flickenteppich, mit 16 Bundesländern und 16 vollkommen unterschiedlichen schulpolitischen Ansätzen. Allen ist aber gemein, daß die Kinder immer weniger und immer später mit Klausuren und Prüfungen konfrontiert werden. Anscheinend sollen die zarten Kinderseelen vor den Härten des Wettbewerbes und den Gefahren des Sitzenbleibens geschützt werden. Sie werden freilich auch vor den Härten des Lebens geschützt und vor späterer Wettbewerbsfähigkeit im Beruf bewahrt, denn dort wird es immer Prüfungen und Testate geben, auch wenn die dann nicht mehr so heißen.

Link zum Forum für Betriebswirtschaft
<http://forum.zingel.de>

So weiß jeder Marktwirtschaftler, daß Wettbewerb das Geschäft belebt. Schulsport, Klassenarbeiten und Prüfungen erfüllen aber auch gerade diesen Zweck - sichtbare Rangordnungen durch erreichte (oder eben auch verfehlte) Leistungen zu bilden und jedem zu erlauben, durch Anstrengung und harte Arbeit auf der Leiter zu klettern. Das mag man schön finden oder nicht, aber es liegt in der menschlichen Seele. Schon die ältesten Steinzeitgesellschaften kannten soziale Differenzierungen. Wir werden das nicht abschaffen, sondern uns anpassen oder untergehen. *Eine ideologiefreie Schule muß die Schüler aber auf das Leben vorbereiten und nicht versuchen, die Welt zu verbessern.*

Besonders unverständlich ist die *Instrumentalisierung des Datenschutzes gegen die Lehrer*. Diese dürfen nämlich nicht mehr die Noten vor der Klasse bekanntgeben, sondern müssen diese personenbezogenen Informationen individuell mitteilen. Und auch nur den Schülern, nicht den Eltern. Das behindert nicht nur den Wettbewerb, sondern ist auch eine Einladung an die Schüler, Zeugnisse und Testate zu *fälschen*, denn Vati bekommt

keine direkten Informationen mehr von der Schule. Das freilich ist oft genug ohnehin vergeblich, denn in der Schule bleibt vielerorts ohnehin keiner mehr sitzen. Das freilich wirkt sich auf den Klassenschnitt in der folgenden, von einigen Mitschülern nur scheinbar erreichten nächsten Klassenstufe aus. Der nämlich sinkt kontinuierlich, bis nach der nächsten Pisa-Studie der ganze Hühnerhof wieder ein paar Tage lang flattert. Die Politik reagiert darauf durchaus angemessen: mit Forderungen nach der Abschaffung der Hauptschule. *Wenn wir schon die Kinder nicht mehr bilden, sollen wenigstens alle Gymnasiasten sein.* Ein Zeichen der virtuellen Bildungsillusion, die ein mächtiges Symbol unserer Zeit ist.

Die Schule, in der keiner mehr sitzen bleibt, *disqualifiziert* aber auf Dauer auch die Pädagogen. Deren Aufgabe ist es nämlich gerade, die Wettbewerbe zu schaffen, an denen die Schüler wachsen sollen. Dies erfordert nicht nur Fachkenntnis und Sozialkompetenz, sondern auch viel Fairneß. Dies aber verlernen Lehrer, die keine Prüfer mehr sein dürfen. Sie verlieren damit einen wesentlichen Teil ihrer beruflichen Fähigkeiten, denn auch die Fairneß im Kampf, die Achtung des Gegners als Menschen und die Kompetenz, schwere aber lösbare Aufgaben mit angemessenem Tiefgang, und also mit angemessenem Lerneffekt zu stellen, wird nur über viele Berufsjahre vom Lehrer erworben und durch viele Klassenstufen vom Schüler erlernt. Sie ist aber eine wichtige Kompetenz späterer Vorgesetzter. Auch diese wird nicht mehr an die Kinder weitergegeben. Auch Führungsfähigkeit wird nicht mehr gelehrt. Dies beschädigt die spätere Karrierefähigkeit der Kinder, denn spätestens in der Wirtschaft gibt es keine Prüfungsfreiheit mehr. Nur noch Kampf und Ellenbogen. Kein Wunder, daß es so viele

Fortsetzung auf Seite 5...

Fortsetzung von Seite 3...

Warum das Internet der Bildung schadet geblieben. Zur Bildungsgesellschaft kommt man aber nicht durch höhere Bandbreiten und schnellere Prozessoren, sondern durch viel Fleiß und Verzicht, also in der arbeitsscheuen Spaßgesellschaft gar nicht. Wir haben immer mehr Bücher, aber wir besitzen sie nicht mehr wirklich. Wir erwerben nur Daten, nicht mehr aber Bildung. Die digitale Bibliothek unserer Zeit brennt, aber zeitgemäß nicht in hellen Flammen, sondern auf neue, digitale Weise: überall wirbeln Informationsfetzen herum, aber sie haben ihren inneren Zusammenhang und damit ihre Bedeutung verloren. *Nicht Informationen sind nutzbar, nur Bildung und Wissen sind es. Daran aber mangelt es heute mehr denn je.*

Das ist, was mich nach zwanzig Jahren Dozentendasein traurig stimmt, denn der Bildungsarbeiter ist machtlos geworden. Er muß zwar keine Aktentasche mit ein paar hundert Kopien mehr schleppen sondern hat Tausende von Büchern in der Festplatte, aber niemand will wirklich was im Kopf haben. Doch da, und nur da, sind Daten auch wirklich nützlich. *Die Bildung ist physikalisch leichter doch gesellschaftlich schwerer geworden.* Wir leben wieder für Brot und Spiele, wie einst im späten Rom, als Varro die Götter in Sichere und in Unsichere einteilte, die, für die es noch einen Kult gab, und die, von denen man nur noch einen Namen hatte. *Nomina nuda tenemus*, ein Motto unserer Zeit. Wir haben nur noch Namen und Daten, aber keine Meisterschaft mehr darüber. Mittelalterliche Denker, die nur wenige Bücher je gelesen hatten, waren uns an Bildung und Wissen beiweitem voraus. Wir aber sind, so lernen wir im Cyberspace, *nicht mehr am Anfang der Zukunft, sondern am Ende der Geschichte*, denn ein Volk ohne Bildung ist ein Volk ohne Identität. Wer aber seiner Geschichte und Sprache beraubt wird, wer seine Kultur freiwillig aufgibt, gibt sich selbst auf. Nichts aber kann man derzeit mehr beobachten als diesen Identitätsverlust, der ein sicheres Indiz für eine Spätzeit ist.

Der BWL-Bote über Prüfungen

Klicken Sie in <http://www.bwl-bote.de> oben auf „Themenverzeichnis“. Dort finden Sie die Bereiche „Prüfungsstrategie“, „Studium, Aus- und Fortbildung“ und „Fachbeiträge“ mit einer Vielzahl von Artikeln über Prüfungen und Prüfungsthemen. Natürlich gibt es Hilfe auch im Forum...

Über Chancengleichheit in der Schule: <http://www.bwl-bote.de/20070322.htm>
Schulgewalt, oder was keiner sehen will: <http://www.bwl-bote.de/20060406.htm>
Plädoyer für Schuluniformen: <http://www.bwl-bote.de/20051015.htm>

Fortsetzung von Seite 4...

Warum Prüfungen...

kriminelle Karrieren gibt, denn erst dort lernt man heute, was Leben bedeutet. Nureben ohne gesellschaftlich anerkannte Regeln.

In der Politik aber geschieht nichts zufällig, nur die wahren Gründe für ein bestimmtes Tun oder Unterlassen werden in aller Regel mit Lügen kaschiert. Das ist hier nicht anders. *Die zunehmende Unbildung ist gewollt, denn nur denn ein dummes und armes Volk ist leicht regierbar, glaubt dem Klimaschwindel und ist von staatlichen Verteilungs- und Rationierungsbürokratien abhängig.* Will heißen, es unterstützt die politische Macht, und wenn nur dadurch, sie nicht mehr zu verstehen. Umwelt- und Bildungspolitik ergänzen einander in dieser Zielstellung hervorragend. Kein Wunder also daß Konkurrenzdenken und lebenslanger Wettbewerb als grundlegende Verhaltensweise abgeschafft werden sollen, denn das gefährdet die politische Stabilität dieses Landes. Jedenfalls solange die politische Kaste noch von einer Substanz zehren kann. Dies ist aber derzeit noch der Fall, nur nicht unser Verdienst: solange China wächst kann Deutschland von Gleichheit träumen. Doch auch das vergeht, und an die Zeit danach mag ich lieber nicht denken.

Geprüfter Betriebswirt (IHK):

Die neuen Prüfungen...

Nachdem der „Geprüfte Technische Betriebswirt“ ja schon seit einiger Zeit nach der neuen Prüfungsverordnung geprüft wird, und dort die ersten Erfahrungen gesammelt werden konnten (im Boten in <http://www.bwl-bote.de/20070323.htm>), liegen jetzt auch die ersten Prüfungen „Geprüfter Betriebswirt“ vor.

Diese bestehen jetzt aus sieben Teilen: „Marketing-Management“, „Bilanz- und Steuerpolitik“, „Finanzwirtschaftliche Steuerung des Unternehmens“, „Rechtliche Rahmenbedingungen“, „Europäische und internationale Wirtschaftsbeziehungen“ und zwei Situationsaufgaben. Die bisherigen Prüfungen „Projektmanagement“, „Ökologiemanagement“ sowie „Qualitätsmanagement“ sind entfallen. Organisatorische- und Projektschwerpunkte finden sich gleichwohl in den Situationsaufgaben.

In <http://www.bwl-bote.de/20071217.htm> hat der BWL-Bote sich über neue Inhalte, Schwerpunkte und Probleme bei diesen neuen Prüfungen ausgelassen.

Fortsetzung von Seite 1...

IHK-Textbände

Umfanges der Pflichtlektüre eines echten Master-Studienganges überhaupt noch will. Ich habe schon für das „normale“ Universitätsdiplom deutlich mehr Lektüre gebraucht, und der Master fängt da erst an. Dozenten wie Teilnehmer müssen also auf jeden Fall viel weiter in die Materie einsteigen als es in dem begrenzten Raum, den die IHK-Unterlagen bieten, möglich ist. Eigentlich sind die Textbände mit den neuen Prüfungsverordnungen damit noch überflüssiger geworden als sie es bisher schon waren. Daran ändert auch nichts, daß sie sich genau nach dem Rahmenstoffplan richten.

Das aber ist das Stichwort, denn die Textbände bieten eine Übersicht über die Themen, die man kennen sollte, aber keine inhaltlich vollständige Übersicht mit ausreichend Tiefgang. Viele Dozenten verwenden sie daher nicht und es wundert auch nicht, daß sie so leicht bei den einschlägigen Internet-Auktionen zu finden sind. Dennoch sollte der Teilnehmer die Textbände kennen – als Grundlage und Voraussetzung, nicht als Ergebnis des Lehrganges. Sie sind eigentlich kein Lernmaterial, sondern ein Lernleitfaden. Sie enthalten nicht die prüfungswichtigen Inhalte, sondern nur Hinweise darauf. Das steht zwar nicht drauf, ist aber so. Wer das falsch macht, oder mit der falschen Erwartung einer inhaltlichen Vollversorgung ein paar Zentimeter Kammerliteratur an die Sache herangeht, ist frustriert und macht sich selbst was vor. Das aber ist ein gutes Rezept für Mißerfolg bei der Prüfung.

So werden viele Themen, die im Rahmensstoffplan stehen, nur mit ein paar Zeilen abgehandelt. Prozeßkostenrechnung, die Geldtheorie oder die Plankostenrechnung sind Themen, die bisweilen nur in einer halben Seite dargestellt werden. Das aber beschränkt die Phantasie der Aufgabenlyriker nicht, die erfahrungsgemäß dazu neigen, aus solchen Kleinigkeiten veritable 25-Punkte-Knallschoten zu zaubern. Es ist also Aufgabe der Teilnehmer wie Dozenten, viel weiter in die Themen einzudringen als es die Kammerbände für möglich halten. Das steht im Prinzip im IHK-Material auch drin, aber der Hinweis wird oft übersehen.

Wir empfehlen also den Lehrgängen, die jetzt überall in der Republik anfangen,

die jeweiligen Textbände schon aus Prüfungsgründen zu bestellen, auch wenn sie jetzt nicht mehr wie einst in der Kursgebühr enthalten sind. Sie sollten aber vor dem Lehrgang durchgesehen und dann kontinuierlich um weiteres Material ergänzt werden (und nicht erst in der Nachbereitung erstmals gelesen werden). Zu jedem, wirklich jedem Punkt sollte am Ende der Lehrveranstaltung und nach allen Repetitorien irgendwas im Hauptspeicher zurückbleiben. Und hierbei erschließt sich ein Thema oft erst durch die weiterführende Lektüre: hätte ich nur das IHK-Material, würde ich die Pareto-Analyse oder die Regressionsrechnung nicht verstehen. Und von Korrelationsanalyse gar nichts wissen. *Auch die Anforderungen an die Dozenten sind übrigens gestiegen.*

Übrigens erschließt sich mir manchmal nicht immer der inhaltliche Aufbau im Detail. Im Bereich „finanzwirtschaftliche Steuerung“ im „Geprüften Betriebswirt“ beschleicht mich beispielsweise immer wieder das unguete Gefühl, daß die Textbandautoren nicht wirklich wußten, was sie zu der Vorgabe des Rahmenstoffplanes schreiben sollten. Es scheint, daß Teile nur schlecht verbunden nebeneinanderstehen. Ein „roter Faden“ fehlt bisweilen, ebenso übrigens wie ein Index und der sonst übliche formale Apparat. Die zugrundeliegenden Begriffe und Definitionen, auf die gerade die Prüfungen so abstellen, sucht man in den Textbänden vergeblich. Fixkosten, variable Gemeinkosten, relativer DB, Kosten vs. Aufwendungen – oftmals Fehlanzeige. Hier ist abzuwarten, wie sich das in den Prüfungen nach neuer Verordnung materialisiert. Der treue Leser wird in dieser Hinsicht nicht enttäuscht werden.

Bisweilen wurde den Kammern übrigens vorgeworfen, die Textbände nur fortzuführen, weil man mit ihnen Geld verdienen könne. Daran mag ein Fünkchen Wahrheit drangewesen sein, aber mit den Öffnungen der Prüfungen für Leute mit fahrbaren Bücherregalen stellen die Textbände sich der Konkurrenz. Sie müssen also besser werden – oder bald verschwinden, denn jetzt reicht vielfach oft der „nackte“ Rahmenstoffplan. Den aber sollten die Teilnehmer spätestens mit der Lehrgangseröffnung auf dem Tisch haben. Und die Dozenten übrigens schon lange vorher...

Verbesserungsvorschlag – IHK-Textbände: <http://www.bwl-bote.de/20030616.htm>
Das Drama mit den Textbänden: <http://www.bwl-bote.de/20040213.htm>
Warum sie schlecht sind...: <http://www.bwl-bote.de/20020309.htm>

Steuerreformen 2008:

Übersicht zum Jahressteuergesetz

Nachdem das Jahressteuergesetz 2008 schon im Sommer im Referentenentwurf vorlag, wurde es vom Deutschen Bundestag am 8. November verabschiedet. Am 30. November 2007 hat der Bundesrat dem Gesetz mit Änderungen zugestimmt. Dabei wurden sogar einige ursprünglich Regelungen zu Gunsten des Steuerpflichtigen entschärft bzw. aus dem Gesetzentwurf entfernt. Die folgenden Steuerrechtsänderungen können damit zum 1. Januar 2008 in Kraft treten:

Abgabenordnung

- Die zunächst im Referentenentwurf des Gesetzes noch vorgesehene drastische *Verschärfung des §42 AO* wurde nicht umgesetzt. Dieser Paragraph verbietet den Mißbrauch rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten und sollte um eine Vermutung zuungunsten des Steuerpflichtigen erweitert werden. Das hätte willkürlichen Steuerfestsetzungen durch die Finanzbehörden nur aufgrund der bloßen Vermutung einer „ungewöhnlichen Gestaltung“ Tür und Tor geöffnet und hat im Vorfeld zu heftigen Protesten geführt. Das ist zum Glück vom Tisch.
- Ebenfalls wurde die vorgesehene *Anzeigespflicht von grenzüberschreitenden rechtlichen Gestaltungen* (§138a AO-E) doch nicht in das Jahressteuergesetz 2008 hineingenommen. Derzeit ist nicht absehbar, ob dieses Vorhaben in einem anderen Gesetzgebungsverfahren nochmals aufgegriffen wird oder endgültig im Rohr steckengeblieben ist.

Einkommensteuer, allgemein:

- Die ab 2008 geltenden Vorschriften über die *Sofortabschreibung von Wirtschaftsgütern bis zu einem Wert von 150 Euro* und über die Bildung von *Sammelposten für geringwertige Wirtschaftsgüter* gelten, wie schon in der Unternehmensteuerreform 2008 für buchführungspflichtige Steuerpflichtige vorgeschrieben, jetzt auch für den Anwendungsbereich der Einnahmen-Überschuß-Rechnung. Dies ist insofern nur eine gesetzgeberische Klarstellung ohne neuen Regelungsgehalt.
- Die schon länger praktisch übliche *Übergabe von Unternehmen* (Einzelunternehmen, Personengesellschaftsanteile) *gegen Rentenverpflichtungen* wird nunmehr explizit gesetzlich geregelt. Ein Sonderausgabenabzug der Rentenzahlungen kommt bei einer vorweggenommen Erbfolge jedoch nicht mehr für Wertpapiere, Immobilien oder Geldvermögen in Betracht. Umgekehrt kann auch ein mindestens 50%-iger Anteil an einer GmbH oder

AG mit dieser Begünstigung übertragen werden.

- Das sogenannte *Hausbankprinzip* soll die ab 2009 gültige Abgeltungsteuer (Unternehmensteuerreform) nicht ausschließen. Ursprünglich sollten sogenannte „back-to-back“-Finanzierungen die Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge ausschließen, da Mißbräuche befürchtet wurden. Mit von dieser Ausnahme erfaßt waren jedoch auch Unternehmer, die ihre private Vermögensanlage bei dem ihr Unternehmen finanzierenden Kreditinstitut tätigen. Diesen Unternehmern bliebe damit die Abgeltungsteuer auf ihre Zinserträge verwehrt. Dies hat der Gesetzgeber nunmehr dadurch behoben, daß eine Finanzierung des Unternehmens des Kapitalanlegers grundsätzlich unschädlich ist. Voraussetzung ist jedoch, daß zwischen der Kapitalanlage und der Kreditgewährung kein Zusammenhang besteht. Ein solcher Zusammenhang wird jedoch bei enger zeitlicher Abfolge oder Verknüpfung der Zinssätze von Kapitalanlage und Kreditgewährung vermutet.
- Der bei der *Abgeltungsteuer* nicht mehr mögliche *Abzug von Werbungskosten* wird in den Fällen des kreditfinanzierten Unternehmenserwerbes bei Kapitalgesellschaften (z.B. Management-Buyout, Erwerb eines Anteils an einer Berufsträgerkapitalgesellschaft) als unbillig empfunden. Deshalb ist für solche Fälle die Möglichkeit der Besteuerung im Teileinkünfteverfahren (60%) mit Berücksichtigung der Finanzierungsaufwendungen i.H. von 60% eingeführt worden. Diese Option besteht nur, wenn entweder mindestens 25% an der Kapitalgesellschaft gehalten werden oder die Beteiligung wenigstens 1% bei gleichzeitiger beruflicher Tätigkeit für die Gesellschaft beträgt.

Lohnsteuer:

- Das zunächst geplante *Anteilsverfahren bei der Lohnbesteuerung von Ehegatten* wird nicht eingeführt. Beabsichtigt war, die insgesamt fällige

Lohnsteuer zwischen Ehegatten mit unterschiedlichen Steuerklassen aufzuteilen um eine hohe Steuerlast bei ungünstiger Steuerklasse zu vermeiden. Umgekehrt bleibt es bei den Regelungen zum Lohnsteuerjahresausgleich durch den Arbeitgeber.

- Ab 2011 entfallen die bisherigen Lohnsteuerkarte auf Karton. Sie werden durch ein elektronisches Verfahren ersetzt. Dies wurde von Datenschützern heftig kritisiert, weil das mit der zentralen Speicherung lohnsteuerlicher Merkmale und der neuen Personenkennziffer (Wirtschaftsnummer) faktisch zu einer Totalüberwachung aller Steuerpflichtigen führen kann.

Gewerbesteuer:

- Der *Hinzurechnungsanteil von Immobilienmieten* bei der Gewerbesteuer ab 2008 wird von 75% auf 65% gesenkt. Die Neuregelung der Unternehmensteuerreform wird damit vor ihrem Inkrafttreten schon erneut wieder reformiert.

Körperschaftsteuer:

- *Teilwertabschreibungen auf eigenkapitalersetzende Darlehen und Sicherheiten* sind bei Kapitalgesellschaften zukünftig nicht mehr möglich. Dies nimmt die Abschaffung der eigenkapitalersetzenden Darlehen nach §32a GmbHG, die durch das MoMiG geplant ist vorweg.
- Für Kapitalgesellschaften wird das sogenannte „EK 02“ zum 31.12.2006 letztmalig festgestellt und mit 3% nachversteuert – allerdings über einen Zeitraum von zehn Jahren. Unternehmen der Wohnungswirtschaft der öffentlichen Hand haben diesbezüglich jedoch ein Wahlrecht, die alten Regelungen weiter anzuwenden.

Zuerst online veröffentlicht unter
<http://www.bwl-bote.de/20071205.htm>

Dem Tiger wurden einige Zähne gezogen. Neu ist, daß die Proteste der Steuerpflichtigen über weit überzogene Steuerverschärfungen offensichtlich wahrgenommen wurden. Das läßt für die Zukunft hoffen. Ein wesentliches Ziel, das der Gesetzgeber mit dieser Reform verfolgte, war die Entbürokratisierung. Das hat er auch anderswo in kleinen Schritten verfolgt. Wesentliche neue Entbürokratisierungsschritte werden jedoch erst mit dem GmbH-Reformgesetz und dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz erwartet. Beide sollen später in 2008 bzw. erst in 2009 in Kraft treten.

Entbürokratisierung:

Neue Lockerungen der Buchführungspflicht

Nach dem schon 2003 die Buchführungspflichten zur Förderung von Kleinunternehmern gelockert wurden (wir berichteten in <http://www.bwl-bote.de/20030808.htm>) und dann durch das Erste Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft (<http://www.bwl-bote.de/20060429.htm>) die Umsatzgrenze des §141 AO von damals 350.000 Euro/Jahr auf nunmehr 500.000 Euro pro Jahr angehoben wurde, folgt 2008 eine Anhebung der Gewinngrenze. Die war nämlich beim Ersten Bürokratieabbaugesetz unverändert gelassen worden.

Die Buchführungspflichtgrenzen nach §141 AO		
Größe	Stand 2007	Ab 2008
Gewerbliche Umsatz pro Jahr	500.000 Euro	500.000 Euro
Wert der selbstgenutzt. landwirtschaftl. Flächen	25.000 Euro	25.000 Euro
Gewinn aus Gewerbe und aus Land- und Forstwirtschaft	30.000 Euro	50.000 Euro (neu)

Ziel der jetzt in Kraft tretenden Neuregelung ist die weitere Entbürokratisierung, von der insbesondere kleine gewerbliche Unternehmen profitieren sollen. Diese hatten von der letzten Erhöhung der Buchführungspflichtgrenzen mit dem Ersten Bürokratieabbaugesetz nur wenig Nutzen, weil der Umsatz meist nicht das Problem war, sondern der erzielte Ge-

winn. Schließlich entspricht der bisher zur steuerlichen Buchführungspflicht führende Gewinn aus Gewerbebetrieb oder Land- und Forstwirtschaft von 30.000

Zuerst online veröffentlicht unter <http://www.bwl-bote.de/20071023.htm>

Euro/Jahr nur 2.500 Euro pro Monat – eine Grenze, die leicht zu übersteigen ist.

Mit der Anhebung dieser Grenze auf 50.000 Euro/Jahr oder 4.166,67 Euro/Monat dürften viele kleine Unternehmen aus der Buchführungspflicht herausfallen. Sie werden damit wieder zu Einnahme-Überschuß-Rechnern i.S.d. §4 Abs. 3 EStG. Das spart nicht nur viel Arbeit, sondern auch eine ganze Menge Geld – den Steuerberater sind nicht gerade billig, wie wir wissen. Die Regierung fördert auf diese Art nicht nur Existenzgründer, sondern auch Kleinunternehmen auf einer breiten Basis.

Weitere Lockerungen in dieser Richtung sind übrigens durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) geplant, dürften dort aber eher die Unternehmensgrößendefinition aus §267 HGB betreffen, die ebenfalls angehoben werden sollen. Das wird aber derzeit erst im Bundesjustizministerium beraten und ist noch nichtmal ins parlamentarische Rennen eingetreten, so daß Sachaussagen hierzu verfrüht sein dürften – zumal dieses Vorhaben schon Rot-Grün 2004 im Rohr steckengeblieben ist. Bis 2009 wird aber mit einem Inkrafttreten gerechnet. Wir werden an dieser Stelle berichten.

Unternehmensteuerreform 2008:

Online-Wegweiser zur Unternehmensteuerreform

Schon im Sommer haben wir im BWL-Boten eine Vielzahl von Artikeln zur Unternehmensteuerreform veröffentlicht. Natürlich haben alle Rechtsänderungen längst auch Eingang in das Lexikon für Rechnungswesen und Controlling, die Excel-Dateien und die Skripte auf der BWL CD gefunden. Hier ist eine kleine Übersicht über die wichtigsten Themen:

Allgemeine Übersicht über die Unternehmensteuerreform:

Neuregelung der Abschreibung (allgemein; Abschaffung degressive AfA usw.):

Neue Vorschriften für geringwertige Wirtschaftsgüter:

Neuregelung der Anparabschreibung (Investitionsabzug):

Neue Grenzsteuer i.H.v. 28,25% (neuer §34a EStG):

Neue Rechenmethode bei der Gewerbesteuer:

Neue Zinsbesteuerung (u.a. zur Abgeltungsteuer ab 2009):

Neue Zinsschrankenregelung (§4h EStG):

<http://www.bwl-bote.de/20070529.htm>

<http://www.bwl-bote.de/20070607.htm>

<http://www.bwl-bote.de/20070606.htm>

<http://www.bwl-bote.de/20070610.htm>

<http://www.bwl-bote.de/20070611.htm>

<http://www.bwl-bote.de/20070617.htm>

<http://www.bwl-bote.de/20070717.htm>

<http://www.bwl-bote.de/20070720.htm>

Dozententätigkeit:

Übungsleiter-Freibetrag rückwirkend angehoben

Durch das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements wird der Übungsleiter-Freibetrag (§3 Nr. 26 EStG) von bisher 1.848 Euro auf dann 2.100 Euro mit Rückwirkung ab dem 1. Januar 2007 angehoben. Zudem wird ein neuer §3 Nr. 26a EStG mit weiteren Steuerfreibeträgen für Einkünfte aus Tätigkeiten für gemeinnützige Organisationen eingeführt. Die Bundesregierung will mit diesen Steuererleichterungen das bürgerschaftliche Engagement fördern. Die Neuregelung hat jedoch auch ihren verborgenen Haken...

So kann den Freibetrag nach §3 Nr. 26 EStG in Anspruch nehmen, wer aus nebenberuflichen Tätigkeiten als Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer oder vergleichbaren nebenberuflichen Tätigkeiten, aus nebenberuflichen künstlerischen Tätigkeiten oder der nebenberuflichen Pflege alter, kranker oder behinder-

ter Menschen im Dienst oder im Auftrag einer inländischen juristischen Person des öffentlichen Rechts Einkünfte erzielt. Dies betrifft auch Dozenten beispielsweise

an Volkshochschulen oder Industrie- und Handelskammern. Überschreiten diese Einnahmen aber den steuerfreien Betrag, der jetzt angehoben wird, so dürfen die mit den nebenberuflichen Tätigkeiten in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben oder Werbungskosten, nur insoweit steuerliche geltend gemacht werden, als sie den Betrag der steuerfreien Einnahmen übersteigen. Dies bedeutet, daß wer mehr als den Freibetrag aus einer

Fortsetzung auf Seite 9...

Gemeinnützigkeit auf der Kippe: <http://www.bwl-bote.de/20060810.htm>

Das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ im BGBI: <http://www.bgbportal.de/BGBI/bgb1f/bgb1107s2332.pdf>

Schengen-Erweiterung zum 21.12.2007:

Weihnachtsgeschenk aus Brüssel?

Am 21. Dezember 2007 hoben sich die Schlagbäume an den Grenzen von sieben osteuropäischen Staaten, deren Beitritt zum Schengener Abkommen bei ihrem Beitritt zur Europäischen Union 2004 vereinbart worden war. Die Reisefreiheit von Estland bis nach Portugal hat aber nicht nur Vorteile.

So profitieren von der neuen Freiheit auch die Kriminellen, und das besorgt die Menschen in den Grenzgebieten. Zum Beispiel in Ostdeutschland, wo schon bisher Hausrat- oder Einbruchdiebstahlversicherungen teurer sind als im Westen. Ein Zufall? Auch wird mit mehr illegaler Einwanderung und der damit zusammenhängenden Kriminalität gerechnet: Prostitution, Zuhälterei und ähnliche Straftaten werden möglicherweise durch die Grenzöffnung ansteigen. Und das längste Bordell der Welt ist jetzt noch leichter zugänglich: die Straße von Dresden nach Prag... so ist ungewiß, ob dies wirklich ein Weihnachtsgeschenk der Europäischen Union ist oder doch nur wieder was von der Qualität wie Emissionshandel, Nahrungsmittelverknappung und eurosκληrotischer Bürokratismus. Der Artikel des BWL-Boten ist in <http://www.bwl-bote.de/20071221.htm> zu finden.

Ach ja: die Schweiz ist beigetreten, wird aber in 2008 nur die Personenkontrollen aufheben. Die Güterkontrollen an den eidgenössischen Außengrenzen bleiben bestehen, da die Schweiz ja nicht der EU-Zollunion beigetreten ist.

EU- und Schengen-Länder
ab dem 21.12.2007
(eigene Grafik)



Kostenlos:

Der Bote als RSS-Feed

Seit Ende Oktober 2007 kann man den BWL-Boten auch als RSS-Feed abonnieren: kostenlos aber nicht umsonst immer aktuell informiert.

„Really Simple Syndication“ (RSS) ist ein System dynamischer Linklisten, das alle zeit-



gemäßen Browser verstehen. So kann man stets die aktuellsten Beiträge in einer Liste verwalten und durch Klicken abrufen. Durch das RSS-Symbol (oben) muß man den Newsfeed aber zuerst abonnieren. Das ist natürlich völlig unentgeltlich und anonym.

GmbH-Reformgesetz:

Vorausschau auf das MoMiG

Die anstehende Reform des Rechts der GmbH war zum Redaktionsschluß noch nicht in endgültiger Form bekanntgegeben worden. Sie ist daher zum Jahreswechsel noch nicht auf der BWL CD berücksichtigt (das folgt im Frühjahr). Eine Vorausschau auf die Neuerungen findet man aber im BWL-Boten <http://www.bwl-bote.de/20070524.htm>

Die Reform wird in den Skripten und im Lexikon bei Verkündung im BGBI berücksichtigt sein.

Neues Versicherungsvertragsrecht:

Jetzt ist endlich Schluß mit der Zillmerung

Bisher war es bei Lebens-, Renten- und ähnlichen Versicherungen üblich, dem Vermittler eine hohe Prämie auszuzahlen und diese dem Kunden als negativen Eröffnungssaldo seines Versicherungskontos vorzubelasten, eine nach dem Begründer dieser zweifelhaften Praxis, August Zillmer (1831–1893) auch als „Zillmerung“ bezeichnete zweifelhafte Praxis. Damit könnte jetzt Schluß sein: nach dem neuen Versicherungsvertragsgesetz und der zugehörigen Informationspflichtenverordnung müssen solche Praktiken jetzt auf Euro und Cent offengelegt werden.

Die Neuregelung greift aber erst ab dem 1. Juli 2008: ab diesem Datum müssen die Versicherer ihren Kunden mitteilen, welche Kosten sie in die Beiträge einrechnen. Dann werden auch die Kosten des Vertriebs offengelegungspflichtig – und damit endlich markttransparent, denn bisher konnte der Kunde nur raten, wie viel sein freundlicher Vertreter an ihm verdient. War das einst in manchen Fällen fast der erste Jahresbeitrag so konnte man in einem der Redaktion vorliegenden Beispiel kürzlich am Abschluß eines einzigen Lebensversicherungsvertrages als Vertreter immerhin noch 2.600 Euro verdienen. Viel Geld, das der Kunde am Ende zahlt.

Hintergrund ist übrigens ein Urteil aus Karlsruhe, das schon im Februar 2006 mehr Kostentransparenz gefordert hatte. In diesem Zusammenhang gehört auch das ab Juli 2008 vorgeschriebene Produktinformationsblatt. Dieses Merkblatt müssen alle Versicherungskunden dann verpflichtend ausgehändigt bekommen. Es

enthält die wichtigsten Daten und Zahlen des Vertrages in verständlicher Form und soll verhindern, daß Versicherer „ungünstige“ Bedingungen im Kleingedruckten und in unverständlichen Formulierungen verstecken.

Natürlich schmeckt das den Versicherern nicht. Der Druck des Marktes könnte zu einer Kostensenkung im Bereich des Vertriebs führen, aber zugleich auch den Verkaufsdruck auf die Vertreter erhöhen. Die Arbeitsbedingungen in der Branche verschlechtern sich damit möglicherweise. Unseriöse Praktiken in Strukturvertrieben könnten zunehmen, und schon jetzt geht es da nicht immer sauber zu. Ob das im Saldo dem Kunden zugute kommt, bleibt abzuwarten.

Zuerst online veröffentlicht unter <http://www.bwl-bote.de/20071023.htm>
Über Strukturvertriebe vgl.: http://www.zingel.de/mlm_d.htm
Generell zu Versicherungen: <http://www.zingel.de/versich.htm>

Fortsetzung von Seite 7...

Übungsleiter-Freibetrag...

solchen Dozententätigkeit verdient und in dem Zusammenhang auch Betriebsausgaben oder Werbungskosten geltend machen will, faktisch eben keinen Freibetrag mehr hat, weil der Abzug dieser Betriebsausgaben oder Werbungskosten entsprechend gekürzt wird. Hauptberufliche Dozenten, oder Nebenberufler mit weitreichenden Einkünften, sind damit von der Inanspruchnahme des Freibetrages ausgeschlossen – und das bleibt auch so.

Zusätzlich wird ab 2007 rückwirkend auch ein neuer Freibetrag i.H.v. 500 Euro für Einnahmen aus nebenberuflicher Tätigkeit für inländische juristische Personen des öffentlichen Rechts mit Steuerbefreiung nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG eingeführt (§ 3 Nr. 26a EStG). Dies betrifft die Tätigkeit bei Kirchen oder sozialen Organisationen. Die Inanspruchnahme dieses Freibetrages schließt den Übungsleiter-Freibetrag aus, d.h. wer als Dozent i.S.d. § 3 Nr. 26 EStG tätig ist, kann diesen Freibetrag nicht mehr in Anspruch nehmen. Auch hier gilt die gleiche Beschränkung des Betriebsausgaben- und Werbungskosten-Abzuges. Beide Freibeträge zielen also nicht auf Hauptberufler, sondern auf nebenberufliches ehrenamtliches Engagement.

In dem Maße, in dem die staatliche Fürsorge zurückgefahren wird, nimmt die Bedeutung der Tätigkeit wohlthätiger und gemeinnütziger Organisationen aller Art zu. Sportvereine, Bildungsorganisationen und eine Vielzahl religiöser und sozialer Einrichtungen haben eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Das hat man anscheinend endlich auch in Berlin eingesehen. Die dringend notwendige Förderung wird jetzt anscheinend versucht, wenn auch sehr zögerlich. Die große Wende ist das hier nicht, aber ein guter Anfang immerhin.

IAS 23:

Neue Aktivierung von Zinsaufwendungen

Vermutlich wird das bisher in IAS 23 bestehende Wahlrecht bei der Aktivierung von Zinsaufwendungen (IAS 23.4) in 2009 abgeschafft. Dieses dem § 255 Abs. 3 Satz 2 HGB entsprechende Recht bildet einen bilanzpolitischen Spielraum, der als „nicht mehr zeitgemäß“ betrachtet wird. Der Bote hat in <http://www.bwl-bote.de/20071019.htm> berichtet.

Die nächste Stufe der Merkelsteuer:

Noch eine Erhöhung der Umsatzsteuer?

Nach der Erhöhung der Umsatzsteuer von 16% auf 19% Anfang 2007, also um 18,75%, scheint sich nunmehr eine erneute Umsatzsteuererhöhung abzuzeichnen, diesmal aber nicht in Gestalt einer neuerlichen Erhöhung des allgemeinen Satzes, gegen die vielleicht sogar der steuergeduldige Michel endlich Widerstand leisten würde, sondern in Form einer Abschaffung des ermäßigten Steuersatzes von derzeit 7%. Erste Vorboten sind die plötzlich und ohne erkennbaren Anlaß im November 2007 aus dem Finanzministerium heraus angezettelten Debatten, ein sicheres Vorzeichen für eine in Wirklichkeit längst beschlossene Steuererhöhung.

So heißt es aus dem Finanzministerium, der ermäßigte Steuersatz, der insbesondere auf Nahverkehrsleistungen, Bücher, Kunstgegenstände und Lebensmittel gilt, sei dem Bürger „nicht mehr zu vermitteln“. Schon dieser Satz ist eine Frechheit, denn gerade Lebensmittel sind durch die Öko-Zwangsbewirtschaftung bekanntlich in der letzten Zeit erheblich teurer geworden. Eine volle Besteuerung mit 19% würde gewiß nicht die überbezahlten

Zuerst online veröffentlicht unter
<http://www.bwl-bote.de/20071113.htm>

Parasiten in Berlin, wohl aber die nicht immer überbezahlten Hartz IV Empfänger hart treffen. Auch daß Bücher offenbar teurer werden sollen wundert nicht in einem Land, in dem man Fernsehwerbung für das Lesen machen muß und der Klimaschwindel als Staatsreligion von Merkels Gnaden eingeführt wurde mit Gabriel als Revolutionswächter und dem IPCC als einem „modernem“ Inquisitionstribunal. Dummheit und Armut sichern die Herrschaft, das ist nichts Neues. Noch viel weniger aber erstaunt, daß gerade die SPD sich für solche steuerlichen Härten starkmacht: die war einstmals die Partei der kleinen Leute, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertrat, ist heute aber zur hochbezahlten Hilfstruppe der Finanzwirtschaft und der Ökoprofiteure verkommen. Und die schröpfen bekanntlich mit besonderer Vorliebe den „kleinen Mann“, an der Zapfsäule und der Supermarktkasse gleichermaßen, denn der Arbeitnehmer hat in Deutschland bekanntlich eine sehr niedrige Steuerquote.

Besonders bedenklich ist, daß hinsichtlich des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von einer „Subvention“ gesprochen wird, denn hier offenbart sich eine besonders üble Abzockementalität. Warum wird wie so oft erst deutlich, wenn man etwas

übertreibt: ein Räuber überfalle zwei Reisende. Einen raubt er ganz aus, dem anderen läßt er die Unterhose. Hat der Räuber den zweiten Reisenden „subventioniert“? Richtig – ebenso ist eine „ermäßigte“ Besteuerung keine Subvention, sondern die volle Besteuerung von derzeit 19% an sich schon ein staatlicher Raubzug. Jedenfalls für die, die vom angeblichen „Aufschwung“ nichts bemerken außer der Inflation. Dafür zahlen wir gerne mit Öko-, Strom-, Energie-, Mineralöl-, Einkommens- und Umsatzsteuer für die Reduktion der Körperschaftsteuer zum 1. Januar 2008 von derzeit 25% auf dann 15%. Tanke schön, Frau Merkel!

Die Abschaffung der „Steuersubvention“, so angeblich das Finanzministerium, sei kein geeignetes Mittel, Preissenkungen herbeizuführen. Nein, dazu müßte man aber auch den Umweltminister befragen, der gleichwohl weiter für „Klimaschutz“, will heißen für weitere Teuerungen hetzt. Von großer Realitätsverweigerung zeugt freilich der nächste Satz aus dem gleichen vom „Spiegel“ zitierten Diskussionspapier: die Abschaffung der ermäßigten Umsatzsteuer „ließe die soziale Balance nicht ins Ungleichgewicht geraten“. Denen, die diesen Unsinn schreiben, würde ich mal einen Monat unter Hartz-IV-Bedingungen in einem Plattenbauviertel empfehlen.

Es bleibt also noch, über den Zeitpunkt der nächsten Stufe der Merkelsteuer zu spekulieren. Zu Jahresanfang ist es ja nix geworden, aber umsatzsteuerliche Änderungen sind auch gut unterjährig durchzuführen. Es wird also wohl der 1. April oder spätestens der 1. Juli 2008 werden müssen, denn 2009 ist bekanntlich Bundestagswahl. Da könnten doch ein paar Wähler Quittungen verteilen. Wird die nächste Stufe der Merkelsteuer also bis zum Sommer verpaßt, wird es wohl erst 2010. Dann aber ganz gewiß, so oder so...

Lebensmittelpreise, ein Beispiel: <http://www.bwl-bote.de/20070910.htm>
Explosion der Mineralölsteuer seit 1950: <http://www.bwl-bote.de/20070723.htm>
Steuer- und Abgabenlast bei Arbeitnehmern: <http://www.zingel.de/taxes.htm>
Politiker sinnvoll beschäftigt: <http://www.bwl-bote.de/20070709.htm>

Neue Artikel wider den Zeitgeist

Klimaschwindel und CO₂-Neurose:

Das schmutzige Geschäft mit der grünen Sklaverei

Frauen aus Osteuropa, die in westlichen Bordellen zur Prostitution gezwungen werden, können auf Befreiung durch die Polizei (aber meist auch auf Abschiebung in ihr Herkunftsland) hoffen. Die Zuhälter sind geächtet und werden strafrechtlich verfolgt. Neue „grüne“ Sklaverei hingegen ist politisch korrekt und vom Regime gewollt. Und so funktioniert das dreckige Geschäft:

Nachdem seit Jahren das Klimaschwindel-Propagandafeuerwerk auf uns hereinprasselt gibt es Leute, die den Unsinn auch glauben. Und bezahlen. Sie können bei zweifelhaften Geschäftemachern „Offsets“ für ihre angeblich schädlichen CO₂-Emissionen erwerben. Was durch den allgemeinen Emissionshandel bald auch für Heizungsanlagen und (im Wege der Maut für alle Fahrzeuge auf allen Straßen) auch für den Verkehr zwangsweise eingeführt werden soll, ist auf freiwilliger Basis längst möglich. Die „Klimaschutzfirma“ betreibt für die Gelder der reuigen Technologienutzer und Energieverbraucher hier im Westen in der sogenannten Dritten Welt „Klimaschutzprojekte“. Die aber ähneln oft offen der Sklaverei.

Während man in Deutschland anscheinend noch nicht offen auf Entwicklungsverhinderung im Namen des Klimaschutzes zu setzen wagt, ist man uns in den USA wieder mal ein gutes Stück voraus, denn von den Amerikanern (?) lernen heißt Siegen lernen. Schauen wir mal auf <http://www.climatecare.org> nach. Was wir dort unter „Our Projects“ finden ist wahrlich atemberaubend.

So bezahlt der Klimaschutzgläubige im Wege solcher CO₂-Ausgleichsprogramme nicht nur wahrlich wahnwitzige Handelskonzepte mit den Furzen von Tieren (vgl. <http://www.bwl-bote.de/20050929.htm>), sondern auch Programme u.a. in Indien, durch die Dieselpumpen zur landwirtschaftlichen Bewässerung aus vorgebliebenen „Klimaschutz“-Gründen abgeschafft und durch Tretmühlen ersetzt werden.

Klimaschwindel und CO₂-Neurose:

Lachgas: Renitent rülpsende Rindviecher

Marie Antoinette wird auf den Einwand, daß das hungernde Volk kein Brot habe der Ausruf nachgesagt, daß das Volk dann doch halt Kuchen essen solle. Ganz ähnlich hat die Bundeskanzlerin einen Benzinpreisgipfel mit der Begründung abgelehnt, das Volk solle dann halt sparsamer fahren. Marie Antoinette wurde geköpft. Der deutsche Michel kann mit der Arroganz der Macht inzwischen besser umgehen. Dabei überholt die Wirklichkeit des Ökostaates auch noch die größte Satire: jetzt furzen Kühe Methan und rülpsen Lachgas. Zur Planetenrettung muß das natürlich auf Kosten aller unterbunden werden: <http://www.bwl-bote.de/20071112.htm> ist leider keine Satire...

Grüne Sklaverei als „Klimaschutz“:



„Humanenergie“ an der Tretmühle (links): Grüne Sklaverei als „Klimaschutz“!



Replacing dirty diesel... with the 'human-powered' pump...
Statt des „dreckigen“ Dieselmotors Bewässerung in der Tretmühle. Pumpen dieses Typs („Treadles“) wurden im britisch-indischen Strafvollzug schon vor hundert Jahren als unmenschlich abgeschafft!

Bildquelle: Climatecare.org

Richtig gelesen, Tretmühlen („Treadles“). Die indischen Reisbauern, die in den 1960er und 70er Jahren bei der „grünen Revolution“ ihres Landes die Einführung motorisierter Bewässerungssysteme als große Erleichterung empfunden haben, sollen also die „dreckigen“ Motoren wieder gegen Tretmühlen zurücktauschen, um ihre Felder zu bewässern.

Und das bedeutet stundenlange tägliche Knochenarbeit, denn Reis benötigt bekanntlich sehr viel Wasser: eine „moderne“ Sklaverei, Entwicklungsblockade im Namen des angeblichen „Klimaschutzes“.

Aber die amerikanischen Öko-Zuhälter von Climatecare.org sprechen hingegen vornehm von „Humanenergie“.

Muskeln statt Motorkraft: im britisch-indischen Strafvollzug wurden solche Tretmühlen schon vor über hundert Jahren als unmenschliche Form der Strafe abgeschafft. Heute sind sie wieder modern, was für ein Fortschritt!

Das Agrarland Indien wurde übrigens einst durch den massenhaften Einsatz von dieselgetriebenen Pumpen von Nahrungsmittelimporten unabhängig. Anscheinend soll dies zurückgedreht werden – vielleicht im Interesse großer Agrarunternehmen, die sich immer noch über den damals verlorenen Absatzmarkt grämen.

Politik ist schmutziges Geschäft, aber hier ganz besonders: zu den größten Spendern der Climatecare-Ökozuhälter gehören dem Vernehmen nach Ökoprinz Charles, Land Rover, die Londoner Zeitungen „Guardian“ und „Times“ und die britische liberaldemokratische Partei. So also betreibt man heute Öko-Imperialismus.

Wenn Sie das nächste Mal verreisen und Ihnen ein Reisebüro solche CO₂-Ausgleichspläne anbietet sollten Sie wissen, was sie da finanzieren. Und dem Reisebüro den Klimaschwindel möglichst mal links und rechts um die Ohren hauen...

Explosion einer Steuer:

Mineralölsteuer seit 1950

In der öffentlichen Meinung werden die bösen Mineralölkonzerne immer wieder für die Verteuerung des Benzins verantwortlich gemacht. Doch es sind weder die bösen Scheichs noch die Benzinpreistreiber in Israel, dem Iran und dem Irak. Die Teuerung ist in wesentlichen Teilen hausgemacht.

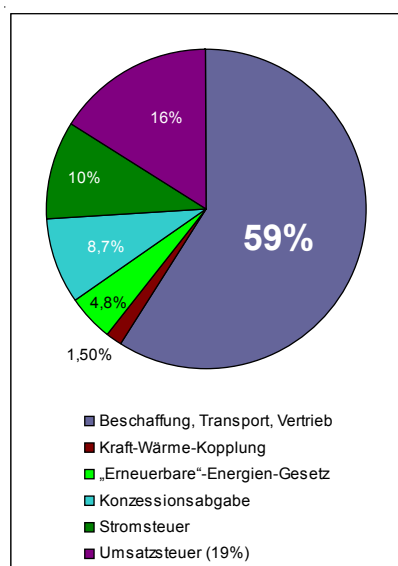
So hat der Staat die Mineralölsteuer seit 1950 um nicht weniger als 2.450% angehoben, wahrlich eine Explosion: <http://www.bwl-bote.de/20070723.htm> dokumentiert die wahrscheinlich drastischste Steuererhöhung, die es je gegeben hat.

Und dabei ist es nicht nur die Steuer: durch Zwangsbeimischung von schlechterem Öko-Sprit (mit geringerer Energiedichte) reicht die gleiche Tankfüllung weniger weit. Man muß also öfter tanken – und die Lebensmittelpreise steigen auch noch durch fehlende Anbauflächen. Tanke schön Frau Merkel...

Strompreise:

Was es wirklich kostet

Alle ärgern sich über die Strompreise, die Verbraucher und die Unternehmen darüber, daß er zu hoch ist, und die Politik sowie die von der gegenwärtigen Verknappung profitierenden Energiekonzerne darüber, daß er angeblich noch viel zu niedrig sei. Man kann die Debatte jedoch versachlichen, indem man sich die Zusammensetzung des gegenwärtigen Strompreises vergegenwärtigt. Nachdenken und Konsequenzen ziehen muß dann jeder selbst. Versuchen wir beides doch mal:



Aber selbst das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange: „Beschaffung, Transport und Vertrieb“ umfaßt nämlich auch den Windstrombetrieb. Wir wissen aber, daß ständig konventionelle Leistung vorgehalten werden muß, damit es bei Rückgang der Windleistung nicht zu Stromausfällen kommt. Konventionelle Kraftwerke müssen wegen der Leistungsschwankungen der Windenergie „vorsorglich“ über Bedarf betrieben werden. Die Windenergie bewirkt also eine erhebliche Verschwendung von Energieträgern, die in den 59% enthalten ist. Der Anteil der von „erneuerbaren“ Energien herbeigeführten Verschwendung dürfte jedoch erheblich sein: Im Windstromland Dänemark beträgt nach Auskunft der gleichen Quelle der Staatsanteil satte 73%, vor Deutschland der weltweit höchste Satz.

Und selbst das ist noch nicht das Ende der allerdings erschreckenden Rechnung. Die 59% aus der Grafik enthalten nämlich auch noch den zwangsweisen Emissionshandel. Was das bedeutet, kann der Leser in <http://www.bwl-bote.de/20071102.htm> selbst herausfinden.

»Grüner Punkt« wird abgeschafft:

Kommt die Politik endlich zur Vernunft?

Nach dem Doofenpfand-Desaster und der EAR-Katastrophe geisterte im November plötzlich die Meldung durch die Presse, der Grüne Punkt werde abgeschafft. Bundeswirtschaftsminister Glos sei das komplizierte und teure System ein Dorn im Auge. Er wolle es daher, samt Gelber Tonne, in der nächsten Legislaturperiode kippen. Der BWL-Bote ist überrascht: kommt die Politik endlich zur Vernunft?

Denn gleichermaßen teure und absurde Abschaffungskandidaten gäbe es genug: die ressourcenverschwendende Förderung „erneuerbarer“ Energien beispielsweise, teure Solar-Experimente und erst den Emissionshandel: man könnte gar die

Zuerst online veröffentlicht unter
<http://www.bwl-bote.de/20071011.htm>

Hoffnung hegen, daß die Politik sich endlich von ihrem seit Jahren gehegten und gepflegten Kurs abwendet, Energieverbrauch und Lebensstandard kontinuierlich zu drosseln. Das wäre mal wirklich eine gute Nachricht.

Doch man soll den Tag nicht vor dem Ende der Legislaturperiode loben: Glos, der den Trittin einst als „Öko-Stalinist und ehemaligen Terroristen“ bezeichnete, hat seit er verantwortlich im Amt ist nicht wieder zu alter Weisheit gefunden. Statt dessen führt er die wirtschaftspolitische Unvernunft der Umweltpolitiker ungehindert weiter. So heißt es in einem vom „Capital“ zitierten Papier aus dem Wirtschaftsministerium, das in Glos' Auftrag entstanden sein soll, daß die Gelbe Tonne derzeit ca. 1.300 Euro pro Tonne koste, im Vergleich zu nur 100 Euro für die „thermische Verwertung“, also die Müllverbrennung. Zudem gebe es viele Totalverweigerer, die das Punktsystem gänzlich ignorierten. Und selbst nach Jahrzehnten der zwangsweisen Mülltrennung gebe es bei den Konsumenten immer noch Diskussionen darüber, welcher Abfall in welche Tonne gehöre.

Unglaubliche Gesetzeslücke:

Doppelt abgezockt!

Der Forderungsverkauf der Banken an Hedge-Fonds und Zweckgesellschaften z.B. im Rahmen der sogenannten ABS-Transaktionen ist ein neues Problem, mit dem manche Kreditnehmer derzeit kämpfen, Häuslebauer wie Mittelständler gleichermaßen. Auch, wenn sie immer alle Zahlungen pünktlich leisten. Hier aber klappt eine nachgerade unglaubliche Gesetzeslücke die es den Banken erlaubt, doppelt zu kassieren. <http://www.bwl-bote.de/20071218.htm> zeigt, wie das geht.

Eine Totalabschaffung wäre also die offensichtliche Konsequenz, doch statt dessen denkt Glos anscheinend über ein neues umlagefinanziertes Zwangssystem nach, bei dem die Mülltrennung nicht mehr vom Verbraucher, sondern durch Zwangsabgaben finanziert durch spezialisierte Abfalldienstleister geschehen solle. Also doch keine Abschaffung, sondern nur weg von der heimischen Tonnensammlung, die den Eingangsbereich des Hauses verunziert, und hin zu einem neuen, nicht minder teuren Kollektivmodell. Das also ist das deutsche Wesen: noch eine neue Zwangsumlage, noch ein Kollektivgut. Daß das nicht funktionieren kann, hat man bei Renten- und Krankenversicherung anscheinend nicht lernen wollen. Jetzt wird es beim Müll erneut ausprobiert.

Immerhin hat die Sache auch ihre Härten für die Bevölkerung: die Deutschen verlieren ihr liebstes Hobby, nämlich den ausgekochten Tee über der Mülltonne vom Beutel zu trennen, und möglicherweise den Faden und die kleine Metallklammer selbst noch getrennt zu entsorgen. Immerhin hat jede Nation etwas, worüber die Welt lacht. Sollten wir etwa unsere kabarettistischen Eigenschaften ganz verlieren, nachdem man schon nicht mehr über den Ladenschluß spotten kann?

Der BWL-Bote schmeißt seinen Müll übrigens nicht in die Landschaft. Solche Verhaltensweisen billigen und praktizieren wir nicht. Mülltrennung aber auch nicht.

Wo Grün nicht wirkt:

Benzinpreis-Senkungen!

Auch andere Völker liegen in Ketten. Aber sie rasseln wenigstens damit.

Zum Beispiel die Italiener: die haben im Dezember einen „illegalen“ Benzinpreis-Generalstreik inszeniert – und nach einigen Tagen tatsächlich auch „Zugeständnisse“ erreicht, will heißen niedrigere Zapfsäulen-Preise. Bericht: <http://www.bwl-bote.de/20071214.htm>

Auch die Franzosen haben schon Vergleichbares erreicht. Wäre das nicht auch mal ein Modell für Deutschland?

Fortsetzung von Seite 1...

Neue Inhalte

Handelsregistern in der EU im Stichwort „**Handelsregister**“ eingebaut. Stichwort „**Schengener Abkommen**“ erweitert (Erweiterung des Schengen-Raumes zum 21.12.2007). Neu „**Schengener Informationssystem**“.

Recht: Kleine Änderungen hinsichtlich des neuen Versicherungsvertragsgesetzes (VVG). Neu „**Rechtsdienstleistung**“ zum neuen Rechtsdienstleistungsgesetz, <http://www.bwl-bote.de/20071219.htm>.

Sonstiges: Erweiterung bei „**Rating**“. Neu „**Zweckgesellschaft**“ (war vorher schon in „**Asset-Backed-Securities Transaktionen**“ enthalten) als Vorbereitung auf die Reformen des BilMoG.

Neue Skripte und Materialien

„**Formelsammlung der BWL.pdf**“ aktualisiert (u.a. SV-Grenzwerte und Basiszins) sowie mehrfach erweitert (z.B. Wertpapierrechnen). „**Finanzierung Skript.pdf**“ erweitert (Anleihebewertung usw). Kleine Updates in der bekannten „**Versicherung.pdf**“ (neues VVG). „**EU Skript.pdf**“ sowie „**EU Folien.pdf**“ wegen Schengen-Erweiterung aktualisiert (der neue EU-Vertrag folgt erst bei wirklichem Inkrafttreten in 2008). Die Skripte „**WebRecherche.pdf**“ und „**Hinweise zur Lösung von Privatrechtsfällen.pdf**“ mit Liste der EU-Handelsregister erweitert. Kleine Aktualisierungen in „**Typologie der Buchungen.pdf**“ sowie in „**Existenzgründung und Businessplanung.pdf**“.

Updates im Excel-Ordner

Update der diversen Kursdatenbanken, u.a. „**Dow Jones.xls**“ usw (mehrere Dateien). Hierzu wird auch ausdrücklich auf http://www.zingel.de/hilfe_of.htm verwiesen. „**Aktienrechner.xls**“ erheblich erweitert (Anleihebewertung, Wandschuldverschreibungen, Aktienanleihen). In „**Gewerbesteuerrechner.xls**“ Update aus Jahressteuergesetz 2008. Neu eingeführt „**Prozeßkostenrechner.xls**“. Entwurf für 2009 in „**HK-Rechner.xls**“. Ganz neu „**Zusatzauftrag.xls**“ gemäß einer Prüfungsfrage.

Updates im Übungs-Ordner

Die „**Lernkartei.pdf**“ besteht jetzt in Version 1.7. Neuer Aufgabentyp in „**Maschinenrechnung.pdf**“. Ebenfalls erweitert „**Kennzahlenrechnung.pdf**“ und die Aufgabensammlung „**Finanzplan.pdf**“. Ganz neue Aufgaben in „**Prozeßkostenrechnung.pdf**“. Unternehmensteuerreform-Update in „**Buchungen AfA.pdf**“.

Aktuelle Informationen zur **BWL CD**

Umfangreiches Hilfesystem

Sie erhalten viele Antworten auf die häufigsten Fragen durch das Hilfesystem auf der BWL CD. Legen Sie die CD in Ihr CD- oder DVD-Laufwerk. Starten Sie die Datei „_Start.htm“ im Hauptordner der CD. Bestätigen Sie (nur im Internet-Explorer notwendig) die Ausführung aktiver Elemente. Klicken Sie auf das Startlogo. Wählen Sie dann links unten den Link „CD-Hilfe“. Die Liste enthält Antworten zu den häufigsten Fragen. Wenn dies nicht reicht, schreiben Sie mir eine Mail unter info@zingel.de mit Ihrer Frage.

Die Links funktionieren nicht?

Wenn Sie Microsoft® Windows® XP mit ServicePack 2 verwenden, müssen Sie beim Start der BWL CD die Ausführung aktiver Inhalte zulassen, sonst funktionieren viele Verlinkungen nicht. Die CD verwendet vielfach JavaScript. Das stellt keine Gefahr für den Computer des Anwenders dar, ist kein Virus und sollte daher zugelassen werden.

Mehr Informationen online:

www.bwl-cd.de

Unter dieser Adresse findet der Leser auch vor dem Kauf der BWL CD eine Vielzahl von Informationen, was ihn erwartet. Schauen Sie doch einfach mal vorbei!

Häufig gefragt:

Fragen zu Zahlungen

F: Warum ist keine Kontonummer für Vorauszahlungen online ersichtlich?

A: Vorkasse ist grundsätzlich nicht erforderlich. Eine im Internet ersichtliche Bankverbindung wäre zudem eine Einladung an Betrüger.

F: Kann ich per Rechnung, also ohne Bankabbuchung bestellen?

A: Natürlich! Einfach im Bestellformular ankreuzen.


F: Bekomme ich eine Rechnung?

A: Was für eine Frage. *Selbstverständlich* – ohne Rechnung wäre das illegal!

F: Ich habe die CD bekommen, aber trotzdem keine Rechnung

A: Schauen Sie mal außen in die rote Rechnungstasche. Größer kann da wirklich nicht „RECHNUNG“ draufstehen. Es ist erstaunlich, wie oft sie dort nicht gefunden wird!

Der Adobe Reader 8 auf der CD

Seit Anfang 2007 wurde der Adobe Reader Version 8 auf der BWL CD bereitgestellt. Falls Sie also noch keinen Reader haben sollten, können Sie jetzt direkt von der BWL CD die aktuelle Version installieren. Das ist  allerdings nicht zwingend notwendig: Alle Skripte lassen sich auch mit den Versionen 5, 6 und 7 lesen – und das bleibt auch mindestens bis **Ende 2008** noch so. Sollten Sie allerdings eine noch ältere Version haben, wird ein Update vermutlich unumgänglich.

Die Adobe Reader Versionen 6, 7 und 8 sind leider **nicht** für Windows 98 geeignet. Wer also dieses System noch verwenden will, muß sich Version 5 des Readers von der Adobe-Seite laden oder eine andere Lösung zum Betrachten der PDF-Dateien verwenden. Dann sind allerdings alle PDF-Dateien auch mit Windows 98 uneingeschränkt zugänglich.

Auf allen Webseiten:

Die neue Navigation

Auf allen Webseiten haben wir seit einigen Wochen neue Navigationsleisten. Sie setzen jedoch JavaScript beim Leser voraus oder werden nicht korrekt angezeigt.

JavaScript ist eine Funktion des Browsers, mit der Webseiten um zusätzliche Eigenschaften wie Interaktivitäten oder Grafikeffekte erweitert werden können. Wir haben diese Funktion schon immer genutzt und tun dies auch bei den neuen Navigationsleisten.

So ist auf <http://www.zingel.de> im Bereich „Download“ jetzt links ein ganz neue Menüleiste zu sehen, und über der Artikelliste auf <http://www.bwl-bote.de> ist ebenfalls ein neues Menü erschienen.

Probleme mit dem Internet Explorer

Der Microsoft® Internet Explorer® fragt den Anwender bei jedem Klick auf die Datei „_Start.htm“ (und sogar beim Start einzelner Dateien), ob die aktiven Inhalte wirklich ausgeführt werden sollen. Sie müssen dies bestätigen oder die Web-Oberfläche der CD funktioniert nicht. Dies ist entnervend aber leider nicht abzustellen. Als Alternative empfehlen wir den Firefox-Browser.